

Frank Brendel im Auftrag von foodwatch e.V.

Berlin, den 30.08.2021

Marcel Fratzscher

Blog Marcel Fratzscher vom 15. Februar 2017

Die Abstimmung für CETA ist eine gute Entscheidung für Europa und gerade auch für Deutschland. Sicherlich hat CETA auch Schwächen. Aber CETA wird die europäische Wirtschaft stärken, auch wenn die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen nicht überschätzt werden sollten. Das wichtigste bei CETA ist das Signal, das es an die Welt sendet. Die Entscheidung für CETA ist ein starkes Signal, dass Europa offen für die Welt bleibt und den Protektionismus des Donald Trump entschieden ablehnt. Europa muss diesen Kurs weiter fortsetzen und sich - beruhend auf Gegenseitigkeit - auch den USA, Asien und den schwächsten Entwicklungsländern öffnen. Nur ein offenes Europa, mit einer offenen Volkswirtschaft, wird seinen Wohlstand verteidigen können.

https://www.diw.de/de/diw_01.c.613930.de/nachrichten/statement_zur_abstimmung_eu-kanada_freihandelsabkommen_ceta_im_eu-parlament.html

Gabriel Felbermayr (für IfO)

(München, 13.10.16)

Der ifo-Experte für Außenhandel Gabriel Felbermayr hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu CETA begrüßt. „Das ist ein gutes Urteil. CETA ist ein modernes Abkommen, das das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 0,19 Prozent steigen lassen könnte. Das sind etwa 70 Euro, die der Durchschnittsbürger jedes Jahr mehr in der Tasche haben würde“, sagte der Leiter des ifo Zentrums für Außenwirtschaft am Donnerstag. Die positiven Effekte würden resultieren aus einem fast vollständigen Abbau der Zölle, aus Vereinfachungen der Bürokratie im Exportgeschäft, aus der Öffnung der kanadischen Beschaffungsmärkte auf allen staatlichen Ebenen und aus einer verbesserten Zusammenarbeit bei der staatlichen Regulierung der Wirtschaft.

"Das Abkommen ist auf demokratischen Wegen zu Stande gekommen; seit drei Jahren liegt es schon zur Begutachtung vor. Wie kein anderes berücksichtigt es die Ängste und Befürchtungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Sollte das Abkommen an innereuropäischen Kompetenzstreitigkeiten oder am Populismus einiger weniger Regierungen oder Parlamente scheitern, würde dies die Außenhandelspolitik der EU auf Jahre kompromittieren“, sagte Felbermayr.

Der Handel Deutschlands mit Kanada könnte sich durch CETA langfristig mehr als verdoppeln, fügte Felbermayr hinzu. Vor allem der Fahrzeugbau, die Lebensmittelverarbeitung und unternehmensnahe Dienstleistungen würden profitieren. CETA sei für Kanada ungleich wichtiger als für Europa. Der Rest der Welt wäre hingegen kaum betroffen. Erstmals würde ein öffentlicher Investitionsgerichtshof eingerichtet und keine privaten Ad-Hoc-Tribunale. Das Abkommen bestätigt an mehreren Stellen das Recht der Regierungen, Regulierungen vorzunehmen oder zu verändern. Insbesondere greift CETA nicht ein in das europäische Vorsorgeprinzip, in die Zulassungsverfahren von Gentechnik oder in kommunale Monopole.

CETA habe einen hohen symbolischen Wert, sagte Felbermayr weiter. Es stehe für eine aktive, moderne Außenhandelspolitik der EU.

<https://www.pressebox.de/inaktiv/ifo-institut-fuer-wirtschaftsforschung-ev/ifo-Experte-Felbermayr-lobt-das-Verfassungsgericht/boxid/819687>

Pressemitteilung - 18. September 2018

Wissenschaftlicher Beirat empfiehlt dem Bundestag die Annahme von CETA

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie hat dem Bundestag empfohlen, das EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) anzunehmen. Das geht aus einem neuen Gutachten hervor. „CETA sollte so bald wie möglich ratifiziert werden“, schreibt der Beirat in dem Gutachten, bei dem der ifo-Forscher Gabriel Felbermayr die Federführung hatte. "Der Beirats-Vorsitzende und Mitautor Hans Gersbach von der ETH Zürich sagt, „dass Deutschland mit der Ratifikation ein wichtiges Signal senden kann, dass es das regelbasierte internationale Handelssystem weiterentwickeln will.“ ("Akzeptanz der Marktwirtschaft - BMWi")

Das Abkommen stelle einen erheblichen Fortschritt dar gegenüber den bisherigen Regeln zwischen manchen EU-Staaten und Kanada. CETA werde auch zu positiven Einkommenseffekten in der EU und in Kanada führen. Außerdem sei nicht zu befürchten, dass das Abkommen ausländische Investoren rechtlich besser stelle als inländische. Zwar enthalte der Vertragstext Elemente, die der Beirat kritisiere, wie etwa eine zu breite Definition von Investitionen oder ein noch nicht voll ausgereiftes System zur Streitbeilegung. Diese Unzulänglichkeiten wögen aber deutlich weniger schwer als die Vorteile. Gleichwohl empfiehlt der Beirat, künftige Investitionsschutz-Abkommen auf Direktinvestitionen zu beschränken, die eine unternehmerische Absicht verfolgten und keine rein finanzielle Absicht. Es sei zu prüfen, ob dies besser gelinge mit einer Mindestanforderung an den Eigenkapital-Anteil des ausländischen Investors (zum Beispiel 10 Prozent) oder mit dem Nachweis der unternehmerischen Kontrolle, etwa durch einen Sitz im Aufsichtsrat. Außerdem sollten ausgereifere Systeme zur Streitbeilegung eingeführt werden.

Publikation: Felbermayr, Gabriel, Christoph Engel, Hans Gersbach, Martin Hellwig und Eckhard Janeba, Zur Notwendigkeit und Ausgestaltung von internationalen Investitionsförder- und -schutzverträgen (IFV), 2018, 01–35

<https://www.ifo.de/node/42909>

Clemens Fuest

Freihandel oder Protektionismus?

Drei Fragen an den renommierten Ökonomie-Professor Clemens Fuest, Präsident des Münchner ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

29.03.2018

Herr Professor Fuest, zunehmend versuchen große Industrienationen mit protektionistischen Maßnahmen die heimische Wirtschaft zu schützen. Prominentestes Beispiel sind derzeit die USA

mit den Handelszöllen. Stärkt das wirklich die nationale Wirtschaft?

Nein. Wenige US-Stahlunternehmen profitieren, der Rest der Wirtschaft wird geschädigt. Verlierer sind vor allem Unternehmen, die Stahl weiterverarbeiten, aber auch Konsumenten, die höhere Preise zahlen müssen. Der Schaden für die USA ist insgesamt größer als der Nutzen.

Durch protektionistische Tendenzen ist eine neue Diskussion über Vor- und Nachteile von Freihandel und Protektionismus entstanden, die häufig von Missverständnissen geprägt ist. Wer profitiert wovon?

Vom Freihandel profitieren wir alle als Konsumenten, denn ohne Freihandel wären viele Produkte deutlich teurer. Vom Freihandel profitieren außerdem die Unternehmen mit ihren Angestellten, die im globalen Wettbewerb eine starke Marktposition haben, weil sie entweder sehr billig produzieren oder eine Marktnische haben. Verlierer sind Eigentümer und Angestellte von Firmen, die im globalen Wettbewerb nicht mithalten können.

Deutschland als wettbewerbsfähiger Industrienation nützen offene Märkte in hohem Maße. Daher werden die Exportüberschüsse oft kritisiert. Zu Recht?

Wenn Deutschland mehr exportiert als importiert, bedeutet das, dass das Ausland sich immer stärker bei uns verschuldet oder wir im Ausland Vermögenswerte erwerben, beispielsweise Immobilien oder Unternehmensbeteiligungen. Steigende Verschuldung kann zu Überschuldungskrisen führen, der direkte Erwerb von Vermögen im Ausland eher nicht. Im Ausland wünschen sich viele, dass ihre Unternehmen besser ausgelastet werden und ihre Produkte sich besser verkaufen. Wenn deutsche Produkte auf den Märkten erfolgreicher sind, führt das leicht zu Ärger. Auf Dauer können die deutschen Überschüsse im Ausland Protektionismus begünstigen, deshalb sollte Deutschland beispielsweise die Unternehmenssteuern senken, um inländische Investitionen zu fördern.

Interview: Martin Orth

<https://www.deutschland.de/de/topic/wirtschaft/protektionismus-oder-freihandel-clemens-fuest-im-interview> (Anmerkung: das Portal „deutschland.de“ wird laut Impressum von der „FAZIT Communication GmbH“ in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt betrieben)